

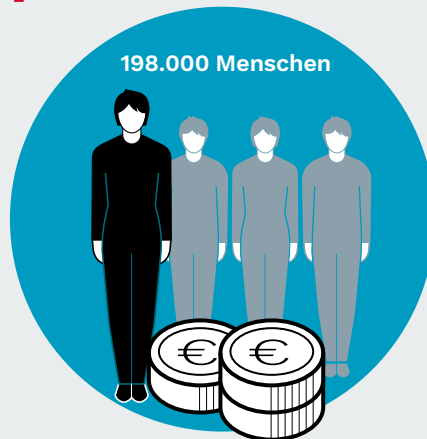
KammerKompakt

Thomas Schwarzer
März 2025

Armut steigt bei Familien und Älteren

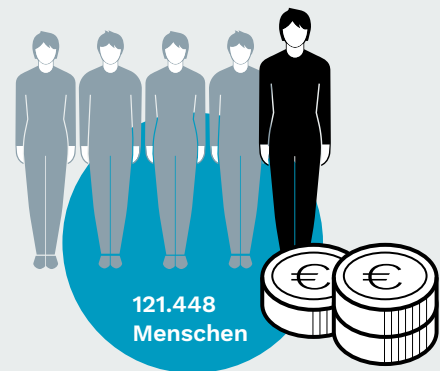


2023 wuchsen im Land Bremen zwei von fünf Kindern und Jugendlichen in einkommensarmen Familien auf.



Land Bremen 2023
Mehr als jede*r Vierte lebt in Einkommensarmut

Land Bremen 2023
Mehr als jede*r Fünfte erhält soziale Mindestsicherungen



Die zwei Definitionen von Armut

Am Anfang steht die Frage, wie Armut überhaupt definiert wird. Üblich sind zwei verschiedene Maßstäbe, die auch hier genutzt werden.

Da ist zum einen die Einkommensarmut: Wer in einem Haushalt lebt, der mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens auskommen muss, gilt als arm. Der Fachbegriff dafür lautet „relative Armut“ oder Armutsgefährdung. Zum anderen wird als arm bezeichnet, wer Anspruch auf eine staatliche Mindestsicherung hat, also zum Beispiel auf Bürgergeld, Bürgergeld für Kinder oder Asylbewerberleistungen. Der Fachbegriff hierfür ist die „Sicherung des Existenzminimums“. Sie ist ein Grundpfeiler des Sozialstaats und ein Grundrecht für alle deutschen und ausländischen Staatsbürger, die in Deutschland leben.

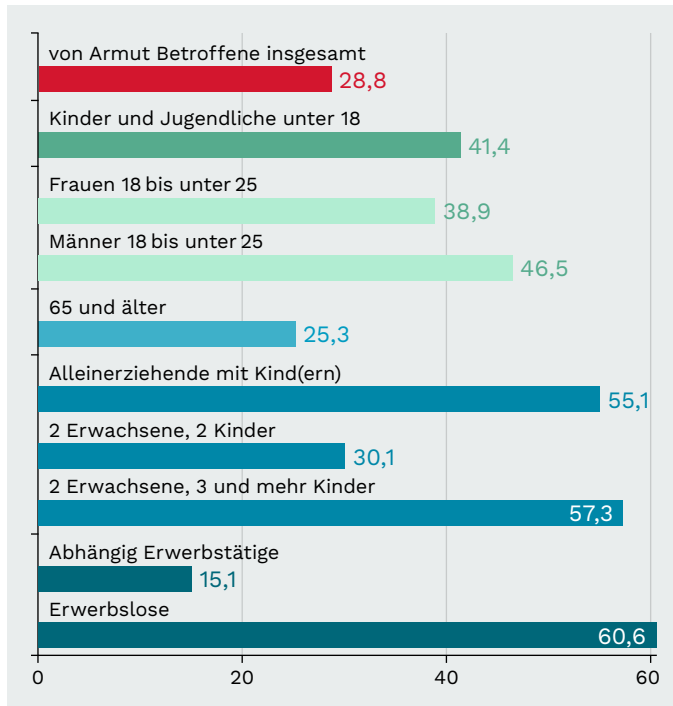
Die Armutsgefährdung ist in Bremen und Bremerhaven im Bundesvergleich am höchsten. Ähnlich stark betroffen sind lediglich einige Ruhrgebietsstädte wie Duisburg, Dortmund und Essen. In der Stadt Bremen lebten 2023 mehr als ein Viertel der Bürger*innen (27,4 Prozent) mit weniger als 60 Prozent

des mittleren Einkommens, in Bremerhaven mehr als ein Drittel. 2023 lag dieses mittlere Einkommen für einen Ein-Personen-Haushalt bei 2.079 Euro netto, die Armutsgrenze für Alleinlebende damit bei 1.247 Euro. Insgesamt galten 2023 im Land Bremen 198.000 Menschen in diesem Sinne als arm.

Ob jemand Anspruch auf Mindestsicherung hat, ergibt eine individuelle Überprüfung der Bedürftigkeit. Wird ein Bedarf anerkannt, werden Sozialleistungen ausgezahlt: das Bürgergeld für Erwachsene im erwerbsfähigen Alter, das Bürgergeld für Kinder und Jugendliche, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung sowie Leistungen für Asylbewerber*innen. Insgesamt erhielten 2023 im Land Bremen 121.448 Menschen solche Mindestsicherungsleistungen. Das waren 3.577 Menschen mehr als 2019. Da die Bevölkerung im Land Bremen in diesem Zeitraum deutlich gewachsen ist, ist der Anteil armer Menschen an der Gesamtbevölkerung nach diesem Maßstab auf hohem Niveau stabil.

Junge Menschen und Familien im Land Bremen sind besonders oft arm

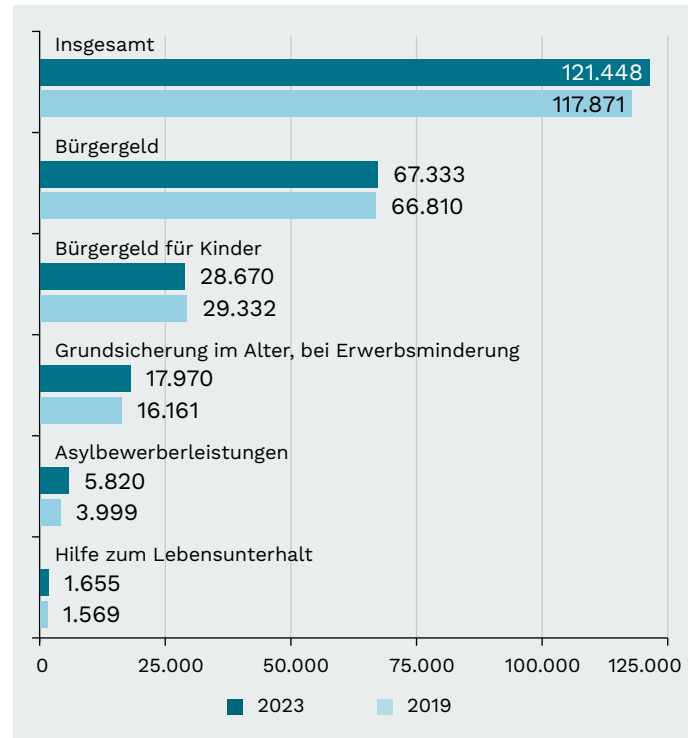
2023 besonders durch Einkommensarmut betroffene Gruppen, in Prozent



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2024, Mikrozensus. IT. NRW © Arbeitnehmerkammer Bremen

Kein großer Anstieg bei der Mindestsicherung im Land Bremen

Entwicklung der einzelnen Sozialleistungen, 2019 – 2023



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit © Arbeitnehmerkammer Bremen

Familien und Jugendliche sind häufig arm

Jede*r Vierte im Land Bremen ist von Einkommensarmut betroffen. Je nach ihrer Lebenssituation oder ihrem Alter sind spezifische Gruppen aber stärker von Armut betroffen.

Das beginnt bei Kindern und Jugendlichen: Von ihnen wachsen rund 41 Prozent in einkommensarmen Familien auf. Jugendliche und junge Erwachsene, die keinen Ausbildungsplatz finden oder als Auszubildende und Studierende wenig Geld haben, sorgen für hohe Armutsquoten in diesem Alter. Hier fällt die deutlich höhere Betroffenheit der jungen Frauen auf. Dabei kommen mehrere Faktoren zusammen: Obwohl junge Frauen im Durchschnitt bessere Bildungsabschlüsse erreichen, bleiben viele ohne Berufsabschluss, widmen sich unbezahlter Care-Arbeit oder beginnen eine geringer vergütete schulische Ausbildung.

Vergleichsweise hoch ist im Land Bremen auch die Altersarmut. Sie steigt seit dem Ende der Corona-Pandemie in kleinen Schritten Jahr für Jahr auf mittlerweile 25 Prozent. Noch stärker von Armut betroffen sind bestimmte Familientypen: Wenn sie alleinerziehend sind oder drei und mehr Kinder haben, ist jede zweite Familie betroffen. Von den Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern gilt immer noch jede dritte als arm. Auch unter den Erwerbstätigen leben 15 Prozent in Einkommensarmut – viele von ihnen sind in Teilzeit, in Minijobs und zu Niedriglöhnen beschäftigt.

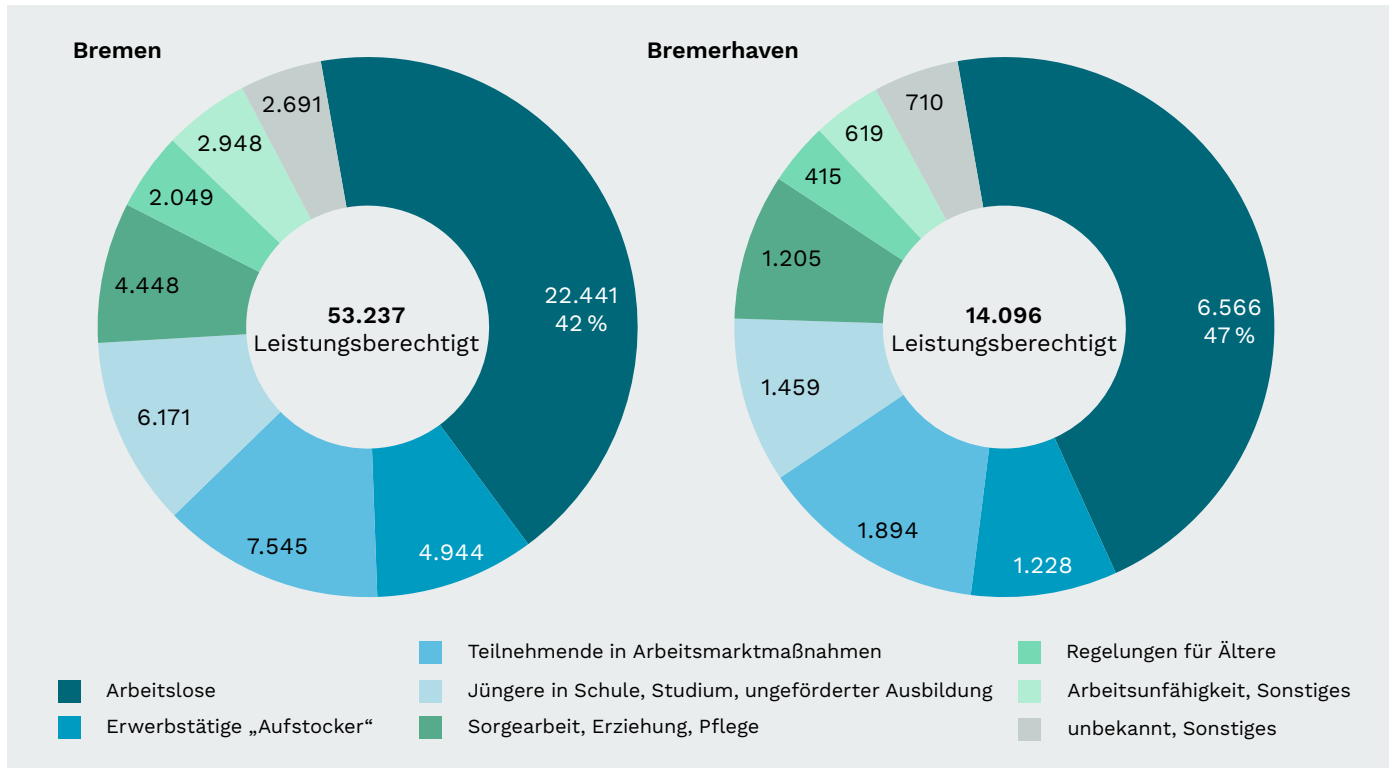
Kein großer Anstieg bei der Mindestsicherung seit 2019

Trotz der vielfältigen Krisen und der steigenden Zahl von Geflüchteten bekamen 2023 nur wenig mehr Menschen Sozialleistungen als 2019: Zuletzt waren im Land Bremen 121.448 Menschen auf eine staatliche Mindestsicherung angewiesen, 3.577 mehr als vier Jahre zuvor. Die größte Gruppe bilden Menschen im erwerbsfähigen Alter, die Bürgergeld benötigen. Ihre Zahl ist seit 2019 leicht angestiegen. Dagegen ist die Zahl der Kinder, die in einem armen Haushalt aufwachsen, leicht rückläufig. Gestiegen ist seit 2019 jedoch die Zahl der Älteren, die staatliche Unterstützung benötigen. Dazu zählen jene, deren Renten unter dem Existenzminimum liegen sowie Menschen, die aufgrund von Krankheiten erwerbsgemindert sind.

Die vergleichsweise kleinste Gruppe sind die Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten, die Asylbewerberleistungen erhalten. Ihre Zahl ist seit 2019 ebenfalls gestiegen, jedoch moderat: Sie lag 2015/2016 schon einmal bei über 11.000 Menschen, 2023 waren es noch 5.820.

Die meisten Bürgergeldempfänger*innen im Land Bremen sind nicht arbeitslos

Zahl der Leistungsberechtigten in den Städten Bremen und Bremerhaven; Stand: Ende 2023



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2024

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Die meisten Bürgergeldempfänger*innen sind nicht arbeitslos

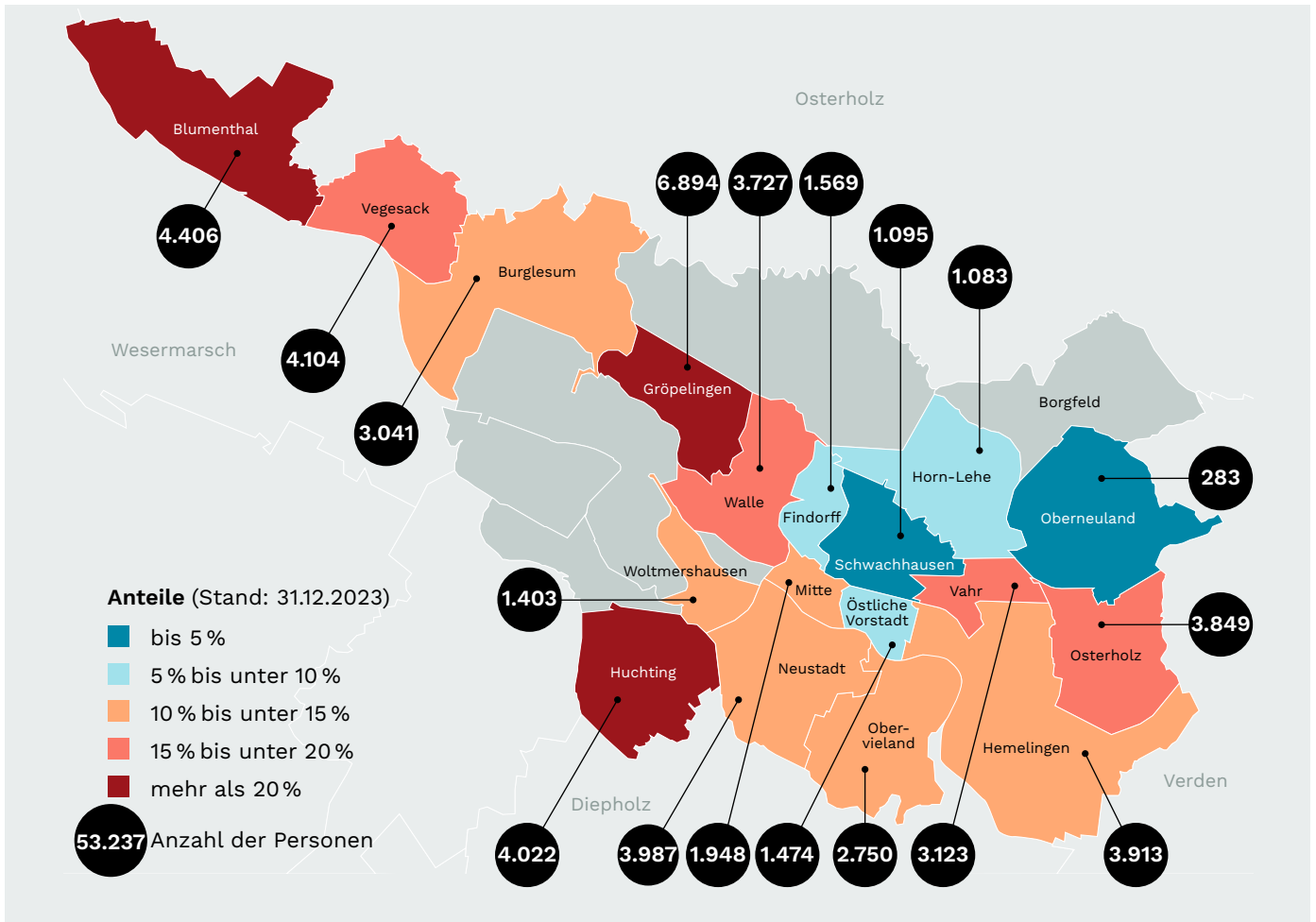
Von den 67.333 Menschen im Land Bremen, die Bürgergeld beziehen und erwerbsfähig sind, leben 53.237 in der Stadt Bremen und 14.096 in Bremerhaven. Angesichts der aktuellen Debatten um die Kosten für das Bürgergeld muss klargestellt werden, dass der größere Teil der Leistungsberechtigten erwerbstätig ist oder dem Arbeitsmarkt aus guten Gründen nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Bei den sogenannten Aufstocker*innen reicht der Verdienst schlichtweg nicht zur Existenzsicherung, sie sind trotz Arbeit arm. Die meisten von ihnen arbeiten in Teilzeit oder in Minijobs. Zusätzlich benötigen sie Sozialleistungen für sich, häufig auch für Familienangehörige. Die Zahl der Aufstocker*innen geht in den letzten Jahren in der Stadt Bremen jedoch zurück.

Um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, nehmen viele Betroffene an Qualifizierungsmaßnahmen, Umschulungen oder Sprachkursen teil. Ähnlich ist die Situation für viele Schüler*innen, Studierende oder Auszubildende: Wenn sie nicht mehr zu Hause wohnen (können), benötigen sie Sozialleistungen. Etwas kleiner ist die Gruppe derer, die ihre Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen. Nicht wenige von ihnen könnten erwerbstätig sein – finden zum Beispiel jedoch keine passende Kindertagesbetreuung. Außerdem gibt es Menschen, die 58 oder älter sind und für die Sonderregelungen gelten, ebenso wie für jene, die aus gesundheitlichen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

„Über die Vermögen gab es in der Vergangenheit weder für Bremen noch für Deutschland insgesamt verlässliche Zahlen.“

Die Armut in den Ankunftsquartieren in der Stadt Bremen ist weiter auf hohem Niveau

Zahl der Bürgergeldempfänger*innen im erwerbsfähigen Alter, Stand: Ende 2023



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Armut in den Ankunftsquartieren weiter auf hohem Niveau

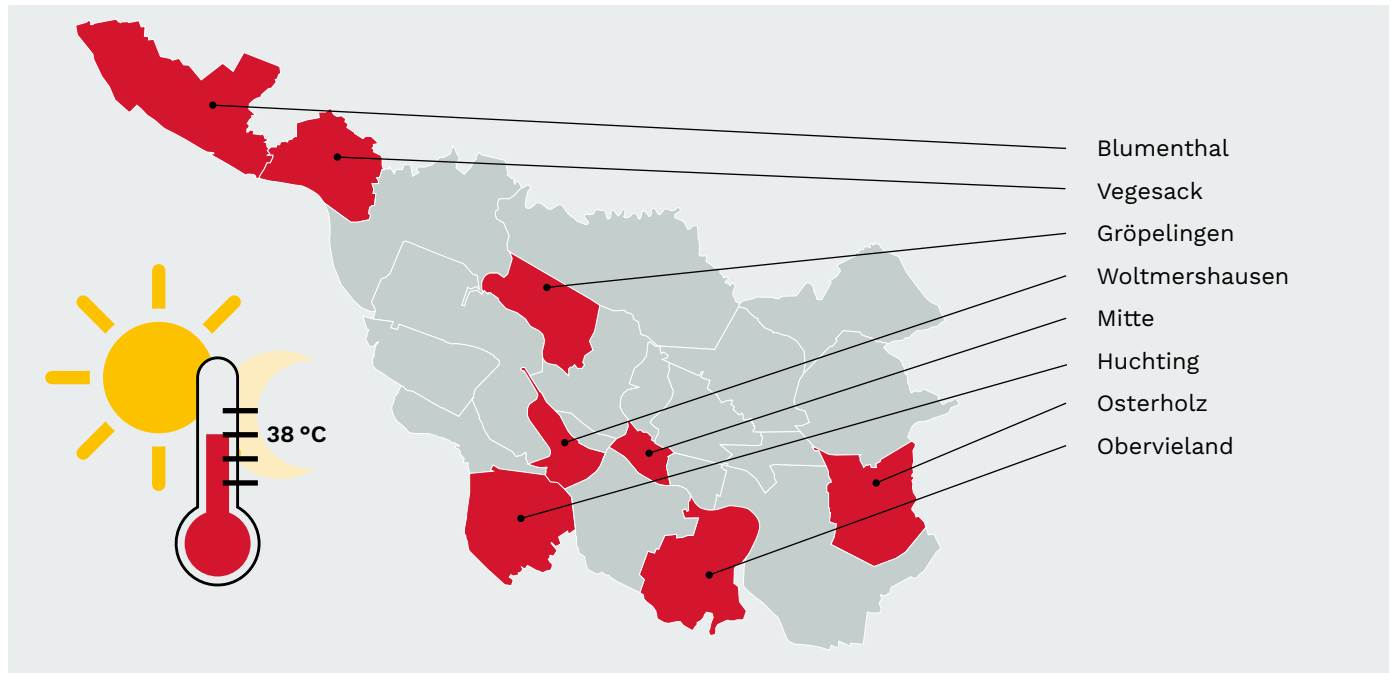
Die 53.237 Menschen, die in der Stadt Bremen Bürgergeld beziehen, verteilen sich zwar über alle Stadtteile, jedoch mit deutlichen räumlichen Schwerpunkten. Eine entsprechende Karte mit vergleichbaren Zahlen für Bremerhaven war für 2023 nicht verfügbar.

In der Stadt Bremen leben besonders viele Bürgergeldempfänger*innen in den Stadtteilen Blumenthal, Veegesack und Huchting sowie in der Vahr. Dort ist etwa jede*r Fünfte auf Bürgergeld angewiesen, in Gröpelingen ist es sogar jede*r Vierte. In vielen Stadtteilen Bremens hat sich die Zahl der Betroffenen in den letzten beiden Jahren nicht nennenswert erhöht – gestiegen ist sie in Mitte, Obervieland, der Neustadt, Burglesum, Walle, Hemelingen und Horn-Lehe. Leicht rückläufig ist die Zahl hingegen in Osterholz.

Viele der Stadtteile mit hohen Anteilen von Empfänger*innen von Bürgergeld haben gleichzeitig die Funktion als Ankunftsquartiere für neu Zugezogene, insbesondere aus Kriegs- und Krisenregionen. Neben den Herausforderungen für die Menschen, die mit wenig Geld über den Monat kommen müssen, stehen dort auch die Kitas, Schulen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen vor besonders großen integrationspolitischen Herausforderungen.

Die Folgen der Klimakrise belasten in der Stadt Bremen gerade arme Menschen

Stadtteile mit starken Hitze-Belastungen bei Tag und Nacht



Quelle: Freie Hansestadt Bremen, Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Die Ungleichheit steigt bei den Einkommen und insbesondere beim Vermögen

Im Gegensatz zur Armut, zu der differenzierte Daten vorliegen, gibt es zum Thema Reichtum nur wenige Zahlen. Bekannt ist lediglich der sogenannte Einkommensreichtum. Ihm werden rund fünf Prozent aller Haushalte im Land Bremen zugerechnet. In Hamburg, dem Bundesland mit dem höchsten Anteil, sind es zehn Prozent. Dazu gehörten 2023 alle Alleinlebenden, die mehr als 4.158 Euro netto im Monat für sich selbst zur Verfügung hatten. Diese Menschen sind finanziell gut situiert. Wirklicher Reichtum ist aber selten nur mit gutem Einkommen zu erreichen, sondern beruht auf Vermögen in Form von Immobilien, Aktien und Unternehmen.

Doch über die Vermögen gab es in der Vergangenheit weder für Bremen noch für Deutschland insgesamt verlässliche Zahlen. Seit 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt wurde, konnten die (großen) Vermögen nicht durch statistisch gesicherte Daten erfasst werden. Es gab lediglich begründete Schätzungen. Das hat sich für Deutschland seit 2020 geändert. Seither wissen wir: Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens (35 Prozent). Die reichsten zehn Prozent besitzen sogar rund zwei Drittel der gesamten Vermögen. Diese Schieflage bei den „Nettovermögen“ (gemessen nach Abzug der Schulden) ist in Deutschland noch viel ausgeprägter als in den meisten vergleichbaren Ländern. Durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer würde die Grundlage für eine gerechte Umverteilungspolitik geschaffen.

Die Folgen der Klimakrise belasten gerade arme Menschen

Die Menschen in Armut leiden in besonderem Maße unter den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen sowie den hohen Mieten. Aktuell zeigt sich außerdem immer deutlicher, dass sie auch von den Folgen der schon lange absehbaren Klimakrise massiv betroffen sind. Auch in Bremen leben viele von ihnen in Wohnquartieren mit wenig Grünflächen und schlecht gedämmten Gebäuden: Letztere sind im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt, und viele verursachen hohe Energiekosten. Starke Belastungen durch Hitze in der Nacht und am Tag betreffen vor allem Menschen in Teilen von Gröpelingen, Oslebshausen, Lüssum, Grohn, Blumenthal, Hemelingen, Hastedt, Kirchhuchting, Neuenland, Tenever, im vorderen Woltmershausen und in der Bahnhofsvorstadt. Das zeigen aktuelle ➔ **Klimakarten**¹ im Hitzeaktionsplan für Bremen und Bremerhaven.

So treffen die Folgen der Klimakrise auch in Bremen besonders diejenigen, die selbst am wenigsten zum Klimawandel beitragen. Menschen mit sehr hohen Einkommen und großen Vermögen verursachen einen vielfach höheren CO₂-Ausstoß als Menschen mit wenig Geld. Eine sozial sensible und ausgleichende Klimapolitik muss dies berücksichtigen. Für eine nachhaltigere Lebensweise sind erhebliche Investitionen in Gebäude sowie in geteilte, öffentliche Infrastrukturen erforderlich: moderne Energienetze, öffentlicher Nahverkehr sowie Gesundheits-, Alten- und Bildungseinrichtungen.

1 <http://bit.ly/4aJI3Pd>

Die Forderungen der Arbeitnehmerkammer:

Mindestlohn erhöhen

In Bremen gibt es zahlreiche Niedrigverdienende und viele, die in Teilzeit oder in Minijobs arbeiten. Wenn die Bundesregierung die EU-Mindestlohnrichtlinie umsetzen würde, wäre vielen Menschen in Bremen geholfen. Demzufolge müsste der Mindestlohn, der heute bei 12,82 Euro liegt, 60 Prozent des Medianlohns betragen – das wären derzeit etwa 15 Euro.

Materielle Teilhabe sichern

Das Bürgergeld sichert in Deutschland das Existenzminimum. Die letzten Erhöhungen haben lediglich die Inflation ausgeglichen. Die Löhne sind in derselben Zeit stärker gestiegen. Wer die Höhe des Bürgergeldes zum politischen Zankapfel macht, bekämpft die Armen, aber nicht die Armut.

Soziale Teilhabe sichern – Quartiere stärken

In den Stadtteilen und Quartieren sichern zahlreiche Projekte und Sozialangebote eine gesellschaftliche Teilhabe, die ebenso wichtig ist wie die materielle Teilhabe. Angesichts vielfältiger Armutslagen muss diese sinnvolle soziale Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven erhalten und finanziell abgesichert werden.

Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen

Frauen und Alleinerziehende müssen gerade in Bremen verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden – und möglichst nicht bloß in Minijobs und Teilzeit! Das geht nur mit einer guten Infrastruktur für die Kinderbetreuung und die Pflege. Hier hat Bremen einen besonders großen Nachholbedarf. Der Senat muss besonders in den Stadtteilen, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, mit

Priorität in die lokalen Kitas, Schulen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen investieren.

Ein Recht auf Weiterbildung

Ein Berufsabschluss ist nach wie vor die Eintrittskarte in besser bezahlte Jobs. Angesichts der in Bremen besonders hohen Zahl von Menschen ohne Ausbildung sind hier besonders viele Anstrengungen nötig: Die „Ausbildungsgarantie“ im Bund muss gestärkt werden, sodass unterversorgte Regionen wie Bremen angemessen profitieren. Beschäftigte müssen das Recht bekommen, aus eigener Initiative eine Weiterbildung zu absolvieren. Zugewanderte müssen auch im Job jederzeit Zugang zu Qualifizierung, Anerkennung und Sprachförderung bekommen – bisher steigen viele von ihnen als Helfer*in ein. Ohne bedarfsgerechte Unterstützung verbleiben sie auf diesem Niveau. So werden Potenziale für dringend benötigte Fachkräfte verschenkt.

Einführung eines Klimageldes als sozialer Ausgleich

Die neue Bundesregierung muss zügig ein einfach administrierbares, pauschales Pro-Kopf-Klimageld einführen. Ab 2027 gilt eine neue CO₂-Bepreisung, wodurch die Energiepreise steigen werden, was Menschen mit wenig Geld besonders stark belasten wird. Als sozialer Ausgleich muss deshalb ein Klimageld eingeführt werden.

Die Grundlagen für eine gerechte Vermögenssteuer schaffen

In Deutschland wird ein großer Teil der (großen) privaten Vermögen nicht für die notwendigen Zukunftsinvestitionen mobilisiert. Die neue Bundesregierung muss zügig die Grundlagen für eine gerechte Vermögenssteuer schaffen.



Die neuesten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialdaten für das Land Bremen gibt es bei der Arbeitnehmerkammer immer aktuell im Statistik-Portal:

www.arbeitnehmerkammer.de/statistik

Thomas Schwarzer

ist Referent für kommunale Sozialpolitik

E-Mail: schwarzer@arbeitnehmerkammer.de



Impressum: KammerKompakt Nr. 2 2025, / Herausgeberin: Arbeitnehmerkammer Bremen, Bürgerstraße 1, 28195 Bremen / Redaktion: Elke Heyduck, Nathalie Sander / Gestaltung: GfG Gruppe für Gestaltung GmbH / Druck: Druckerei Wilhelm Wellmann, Bremen. Das KammerKompakt finden Sie auch zum kostenlosen Download auf der Website www.arbeitnehmerkammer.de/kammerkompakt